

## DIE LINKE. unterstützt Protest

In Jena wurde die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren erfolgreich abgewehrt



Foto: Stephanie Hofschläger/pixelio.de

**I**m Stadelternbeirat (Steb) Jena war man sich schnell einig: Eine familienfreundliche Stadt zeichnet sich nicht durch steigende Kita-Gebühren aus. Schon heute nimmt Jena im bundesweiten Vergleich mit dem Höchstsatz von 190 Euro einen Spitzenplatz ein. Zur letzten Kommunalwahl hatten nahezu alle Parteien mit einer schrittweisen Gebührenfreiheit geworben.

Eine im Jugendhilfeausschuss Ende Oktober 2010 von der Stadtverwaltung eingebrachte Beschlussvorlage zur Änderung der Kita-Gebührensatzung sah eine Erhöhung der Maximalbeiträge für Eltern mit einem Kind von 190 Euro auf 250 Euro (Steigerung um 30 Prozent) sowie einen pauschalen Aufschlag von 20 Prozent bei Kindern unter drei Jahren vor. Ein Déjà vu – gerade mal ein Jahr zuvor gab es eine gleichlautende Beschlussvorlage, die auf Intervention des Stadelternbeirats zurückgezogen wurde.

Dass nun das neue Kita-Gesetz als willkommenen Vorwand „missbraucht“ werden sollte, wollte der Steb keinesfalls gelten lassen, schließlich hatte das Land immer wieder versichert, das neue Gesetz sei vollständig ausfinanziert. Zudem darf das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik, das nach fünfjährigem Streit mit der parteiübergreifenden Verabschiedung des Kita-Gesetzes am Ziel war, nicht konkurrenzlos werden, haben doch mehr als 60.000 Thüringerinnen und Thüringer dafür unterschrieben.

Der Steb wandte sich in einem offenen Brief an die Stadträte und den Oberbürgermeister (OB), stellte Öffentlichkeit her über die eigene Inter-

netseite ([www.steb-jena.de](http://www.steb-jena.de)), weitere Internetplattformen sowie die Printmedien. Die Resonanz war groß! Innerhalb von nur sechs Tagen wurden 1.800 Unterschriften gegen eine Kita-Gebührenerhöhung gesammelt, davon gingen 895 über die Onlinepetition bei jenapolis, einem Mitmachportal für Nachrichten und Informationen, ein.

Um erneut auf den Bürgerwillen aufmerksam zu machen, rief der Steb anlässlich der Stadtratssitzung Ende November zum Lampionumzug auf, der mit 700 Teilnehmern als „der Größte in Thüringen“ Schlagzeilen machte.

Dennoch schien der Elternprotest bei den Verantwortlichen kein Gehör zu finden. Die drei Koalitionspartner von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bekundeten zwar familienpolitisches Interesse und nahmen die Unterscheidung zwischen Kindern unter und über drei Jahren zurück, sie hielten aber an der haushaltspolitischen Notwendigkeit einer generellen Gebührenerhöhung fest. Lediglich die Fraktion DIE LINKE stellte sich eindeutig auf die Seite der Eltern und unterstützte den Protest der Jenaer. So wurde zwar die Satzungsänderung von der Tagesordnung genommen, aber im Haushalt sind Mehreinnahmen aus Kita-Gebühren in Höhe von 500.000 Euro mehrheitlich beschlossen, und die Debatte über die dafür notwendige Gebührenordnung wurde in den Ausschuss verwiesen.

Landespolitische Nachbesserungen scheiterten bisher an der Uneinigkeit der Thüringer CDU/SPD-Regierungskoalition. Allein gelassen vom Land, entschied man sich, im Interesse der

Eltern und Kinder weiter zu streiten. Bei einem Treffen mit der Landeselternvertretung wurde nach intensiver Diskussion der Weg eines Bürgerbegehrens gegen die geplante Kita-Gebührenerhöhung avisiert. Der Jenaer OB wurde an seine Wahlversprechen erinnert und aufgefordert, den Finanzierungsstreit nicht auf dem Rücken der Kinder und Eltern auszutragen, sondern Richtung Land zu führen.

Der Kontakt zu „Mehr Demokratie e. V.“ in Erfurt zwecks Unterstützung bei der Initiierung des Bürgerbegehrens war gerade hergestellt, als der OB am 1. Februar – inzwischen waren über 4.000 Unterschriften gesammelt – mitteilte, dass es „vorläufig“ in Jena keine Kita-Gebührenerhöhung geben wird. Dass auch der zweite Versuch einer Gebührenerhöhung vom Tisch kam, ist ein Erfolg aller, die sich am Protest aktiv beteiligten, und nicht primär der „positiven wirtschaftlichen Entwicklung“, wie es in der Begründung des Oberbürgermeisters heißt, da ist sich der Stadelternbeirat einig.

Offen bleibt die Frage, was „vorläufig“ bedeutet. Aufgrund der Erfahrungen werde man sich keinesfalls zurücklehnen, sondern ein wachsames Auge auf die weiteren Entwicklungen haben. „Der Stadelternbeirat Jena wird auch in Zukunft aktiv an der Ausgestaltung der Kindertagesstätten mitwirken und sich für langfristig sinkende Gebühren, so wie politisch versprochen, stark machen und die Umsetzung des neuen Kita-Gesetzes aufmerksam und aktiv begleiten.“

Diana Kölbel,

Mitglied im Stadelternbeirat Jena

### Editorial



**E**ine Partei ist kein Selbstzweck. Das weiß eigentlich jeder. Eine Partei soll mit ihren Mitgliedern, SympathisantInnen, Wählerinnen und Wählern zur politischen Meinungsbildung in der Gesellschaft beitragen und ihre Ziele durchsetzen helfen.

Bei den Themen Bundeswehr raus aus Afghanistan, flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Bildung, Atomausstieg und Energiewende decken sich viele Positionen der LINKEN mit den Auffassungen der Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern. Das sollte uns Mut machen. Allerdings setzt das auch voraus, dass Frauen und Männer, junge wie ältere, in der Partei in Ost und West dafür eintreten, dass unsere Positionen überall bekannt werden und Motivation für demokratisches Handeln sehr vieler werden. Wir sind aktiv an der Seite von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, die sich für bessere Lebensbedingungen, die Stärkung von demokratischen Rechten und eine andere Politik einsetzen. In vielen Thüringer Städten und Gemeinden kennen die Menschen DIE LINKE seit langem schon als PDS. Sie war und ist eine Partei, die sich um die Probleme der Menschen kümmert. Partei für den Alltag muss unser Markenzeichen bleiben. Dafür brauchen wir mehr aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Deshalb ist Mitgliedergewinnung und ein anregendes innerparteiliches Leben mit Ideen, Meinungsstreit, politischer Bildung und Kultur überaus wichtig. Wenn wir am 2. Juli in Elgersburg unser Sommerfest der Thüringer LINKEN feiern und uns dort mit dem linken Fraunnetzwerk treffen, soll von all dem etwas dabei sein. Wir wollen dieses Sommerfest zum Fest der Generationen entwickeln, um uns besser kennenzulernen und voneinander zu lernen. Es gibt eine Menge zu tun!

Ina Leukefeld,

stellvertretende Landesvorsitzende

## In eigener Sache

Wir möchten uns für die zahlreich eingegangenen Zuschriften bedanken, welche uns schon nach der ersten Ausgabe LinksBlick!, der neuen Mitgliederzeitung für Thüringen, erreichten. Naturgemäß ist der Start eines solchen Projektes immer mit Schwierigkeiten verbunden. Überraschend war für uns daher nicht nur die große Anzahl an Reaktionen, sondern auch die überwiegend positive Tendenz der Kritiken. Dieser Umstand zeigt uns, dass das Projekt Mitgliederzeitung angekommen ist und sich auf dem richtigen Weg befindet.

Die ersten Anregungen wurden bereits in dieser Ausgabe umgesetzt, so erscheint der Innenteil nun auch zweifarbig. Weitere Veränderungen werden für die Zukunft angestrebt. Im Moment können zum Beispiel Rubriken wie Lesermeinungen, Berichte aus den Gebietsverbänden, dem Jugendverband, den LAG's oder Interviews nicht hinreichend berücksichtigt werden - es fehlt der Platz dafür. Wenn es uns gemeinsam gelingt den LinksBlick! dauerhaft zu etablieren und die Finanzierung sicher zu stellen, steht einer Erweiterung nichts im Weg.

Der LinksBlick! soll mit Euch, durch Euch und für Euch gestaltet werden.

Eure Redaktion

DIE LINKE. Thüringen  
Eugen-Richter-Str. 44  
99085 Erfurt  
fon 0361-60 111 30  
fax 0361-60 111 41  
lgeschaefsstelle@die-linke-  
thueringen.de

# 380 kV: Widerstand ungebrochen

**E**in erstes Fazit können Gegner und Befürworter der 380 kV-Leitung durch Thüringen nach Bayern am Ende der vom Thüringer Landesverwaltungsamt angesetzten Erörterungstermine gemeinsam ziehen: **Der Widerstand gegen diese neuerliche Starkstromtrasse ist ungebrochen!**

Das ist sicherlich auch der Weimarer Behörde klar geworden, die, so Refratsleiter Peter Siefer, nicht über das „Ob“ sondern über das „Wie“ verhandeln wollte. Das werden sich die betroffenen Kommunen, Privatpersonen, Firmen und die 13 Bürgerinitiativen aus Thüringen und Bayern nicht gefallen lassen.

Das wurde bereits beim Auftakt der Anhörungen am 2. Mai deutlich, als rund 100 Menschen dem Aufruf der LINKEN gefolgt sind und mit Schildern und Plakaten ihre Forderungen deutlich machten. Seit dem sind die Erörterungstermine öffentlich. Das Publikumsinteresse war dennoch eher gering.

Das änderte sich am 4. Verhandlungstag, am 11. Mai, schlagartig, als die Einwendungen der Stadt Großbreitenbach erörtert wurden. An diesem Tag hatte der Vorhabensträger 50Hertz Transmission mit seinen rund 30 angereisten Mitarbeitern und Gutachtern nicht mehr die Personalhoheit im Saal der Ilmenauer Festhalle.

Mehr als 100 Bürger aus Großbreitenbach und Umgebung sowie kommunale Mandatsträger der LINKEN nahmen im Zuschauerraum Platz und unterstützten vor allem die Bürgermeisterin, Petra Enders (MdL, DIE LINKE), bei ihren Ausführungen. Sie machte die ins Unerträgliche gewachsene Beeinträchtigung der Natur und Lebensqualität der Stadt auf den Höhen des Thüringer Waldes deutlich, so wurden bisher 350.000 Quadratmeter Wald gerodet, rund 200.000 Bäume gefällt. Kommt die geplante 380 kV-Leitung wird Großbreitenbach im Westen, in Richtung Rennsteig, durch bis zu 100m Meter hohe Masten und eine entsprechend breite Schneise vom Thüringer Wald getrennt. „Ein Verbrechen“,



Bürgerprotest gegen die 380 kV Leitung durch den Thüringer Wald

wie ein älterer Bürger der Stadt treffend formulierte. Ein Landwirt, auf dessen Weideflächen einer der Masten stehen soll, sagte unter Beifall: „Freiwillig gebe ich meinen Grund und Boden nicht her, da müsst ihr mich schon enteignen!“

Aber nicht nur hinsichtlich der Interessenlage direkt Betroffener waren die Erörterungstermine lehrreich. Immer wieder ging es auch um die Alternativen. Hier leistete Prof. Dr. Lorenz Jarass als Gutachter der Trassengegner einen wichtigen Beitrag, indem er nachweisen konnte, dass die von 50Hertz geplante so genannte „Südwest-Kuppelleitung Halle-Schweinfurt“ wirtschaftlicher Verzicht widerspricht und für die Durchleitung von Windstrom von Nord nach Süd die Aufrüstung der bestehenden 380 kV - Leitung von Remptendorf nach Redwitz mit Hochtemperaturseilen und Freileitungsmonitoring ausreicht.

Ein Fakt, auf den auch immer wieder der Rechtsbeistand der Trassengegner Dr. Hans Neumeier einging: „Die Betroffenen müssen nicht nachweisen, dass die Trasse nicht notwendig ist. Es ist Sache von 50Hertz, die Notwendigkeit nachzuweisen“. Von dieser Argumentation gestützt, wurde der Netzbetreiber 50Hertz vom Landesverwaltungsamt gleich zu Beginn der Erörterungstermine

aufgefordert, die tatsächliche Belastung der bestehenden Starkstromtrasse Remptendorf - Redwitz zu dokumentieren. Bis zum 11. Mai lag diesbezüglich noch nichts vor. Warum, darüber kann nur spekuliert werden.

Eine indirekte Hilfe leistete auch die neue baden-württembergische Landesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben hat, den derzeitigen Anteil von Windstrom von 0,7% auf 20% im Jahr 2020 zu steigern. Petra Enders ging in ihrer Einschätzung des bisherigen Erörterungsverlaufes darauf ein und sagte: „Windstrom, der im Süden produziert wird, braucht nicht unter riesigen Leitungsverlusten von der Ostsee an den Bodensee und über den Thüringer Wald in den Schwarzwald transportiert zu werden.“

Zusammenfassend ist zu sagen: Mit welchem Ergebnis die Anhörung ausgeht, kann man schlecht einschätzen. Ob das Landesverwaltungsamt mit einem entsprechenden Planfeststellungsbeschluss für 50Hertz-Transmission Baurecht für die 380 kV-Leitung schafft oder nicht bleibt abzuwarten. Den Trassengegnern bleibt der Rechtsweg zum Bundesverwaltungsgericht.

Eckhard Bauerschmidt,  
Ilmenau

## Kommunen als Motor für Energiewende

**U**nter dem Eindruck der **Geschehnisse und Bilder aus Japan wird noch einmal deutlich, dass innovative Lösungen notwendiger denn je sind. Auch durch die öffentliche Diskussion im Land geprägt, steigen die Chancen für eine Energiewende.**

Rund 840 Thüringer Kommunen halten im kommunalen Energie-Pool über die Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT) 47 Prozent der Anteile an der E.ON Thüringer Energie. Als die KEBT im Jahre 2005 gebildet wurde, bestanden die Ziele darin, die Versorgung mit Strom und Gas zu regionalisieren, Investitionen auf hohem Niveau zu realisieren, die Aufträge an einheimische Unternehmen zu vergeben und die vorhandenen

Arbeitsplätze zu erhalten. Thomas Lenz, Vorstand der KEPT, stellte die eindrucksvolle Bilanz des Unternehmens im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung am 14. Mai im Thüringer Landtag vor. Auch wenn die Kommunen nur unmittelbar an E.ON Thüringen beteiligt sind und die Dividenden erst nach der Sommerpause an die kommunalen Aktionäre ausgeschüttet werden, überwiegen doch die Vorteile eines solchen Energie-Pools. Die Interessen der Kommunen werden gebündelt. Es wurde eine Verkauf- und Zukaufsgemeinschaft gebildet, wo geregelt ist, dass nur Kommunen weitere Aktien erwerben können. Die Interessen der Aktionäre gegenüber der privaten Seite werden gesichert, ebenso die Arbeitsplätze, das Investitionsvolu-

men und nicht zuletzt auch die Reduzierung der Verwaltungskosten. Nach wie vor besteht das erklärte Ziel im Aufsichtsrat und dem Vorstand der KEPT darin, die Mehrheit der Aktien in kommunale Hand zu bekommen. Wolfgang Kleindienst, Hauptpersonalrat bei E.ON Thüringen, sieht für die weitere Entwicklung noch Gesprächsbedarf. Von den Plänen der Geschäftsführung, die Trennung der Netze vom Vertrieb des Stroms vorzunehmen, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Medien erfahren. Sie sind sehr verunsichert. Auch wenn das Hauptziel des Unternehmens in der stabilen Energieversorgung liegt, darf nicht vergessen werden, dass die Umsätze des Unternehmens durch die Beschäftigten erwirtschaftet werden. Sie fordern

die Einhaltung der Tariftreue. Derzeit wird eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes diskutiert. Erklärtes Ziel der Bundesnetzagentur ist die strikte Trennung zwischen Netz und Vertrieb. Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, wer Eigentümer des Netzes wird, wer die Konzessionsverträge mit den Kommunen abschließt und zu welchen Bedingungen. Dabei tragen die Mitglieder in den Stadt- und Gemeinderäten eine hohe Verantwortung. DIE LINKE in Thüringen wird am 18. Juni in den Erfurter Stadtwerken ihr Energiekonzept für die nächsten Jahrzehnte vorstellen. Zur Diskussion darüber sind alle eingeladen.

Anke Hofmann,  
Langwiesien

## Die Rolle der Strömungen relativieren

**D**ie Runde der Kreisvorsitzenden ist zwar ein „inoffizielles“ Gremium, trägt aber schon seit geraumer Zeit ein gutes Stück weit zur konstruktiven Vernetzung der Landespartei bei.

Das Klima im Raum war um vieles besser, als draußen vor der Tür, wo eine drückende Schwüle einigen Menschen arge Kopfschmerzen bescherte. So ziemlich alle Kreisvorsitzenden des Landes Thüringen hatten sich zu der Beratung eingefunden.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Knut Korschewsky und einigen einleitenden Worten begann Gesine Löttsch mit ihren Ausführungen. Sie berichtete von ähnlichen Treffen in anderen Landesverbänden und über die kontroversen Diskussionen bezüglich der Wahlergebnisse und den medialen Gefechten der Parteiführung. Aus ihren Erfahrungen als Kreisvorsitzende des Verbandes Berlin-Lichtenberg, auch im Ergebnis der Unterredungen mit vielen Kreisvorsitzenden stellte Gesine einige interessante Themen zur Diskussion auf. Zum Beispiel: „Kultur und Organisationsgrad in der Partei sind von Verband zu Verband sehr unterschiedlich, genau wie die Verankerung Einzelner innerhalb der Partei...“ oder „Solidarität darf nicht nur ein Grundwert der Partei sein, sondern muss auch in der Partei gelebt werden.“ Sehr schön die These: „Widerstandsgeist gegen ungerechte Zustände muss durch Unterstützung des betroffenen Individuums verfestigt und gestärkt werden, dies erzeugt ei-

ne gewisse Glaubwürdigkeit durch praktische Beispiele.“ Diese Theorien trafen auf breite Zustimmung in der Runde und wurden auch in der anschließenden Diskussion stark reflektiert.



Den Anfang machte Knut mit seinem Wunsch nach positiven Initialzündungen aus der Bundespartei. Es reiche nicht mehr aus, wenn inhaltliche Positionen primär aus der Fraktion kommen.

In der nun einsetzenden Diskussion meldeten sich so ziemlich alle Teilnehmer ein bis mehrmals zu Wort und erzeugten eine sehr lebhaft diskussion mit der Parteichefin. Eine Weile drehte sich noch alles um den angeblichen Streit in der Parteiführung, dann ging es nahtlos über zu den Sachthemen, welche die Genossinnen und die Genossen der einzelnen Kreisverbände bewegen. Thema Nummer eins, die Überalterung der Partei, Thema Num-

mer zwei Mitgliedergewinnung und dauerhafte Motivation zur Mitarbeit. Also die Dinge, die jeden Kreisverband vordergründig beschäftigen.

Ein weiteres übergreifendes Thema war die mehr oder weniger als unglücklich eingeschätzte Rolle der Strömungen innerhalb der Partei. Ein Genosse eröffnete die Diskussion mit der Frage, wie viele Strömungen gibt es denn nun in der Partei, „bei Wikipedia habe ich sechs Strömungen gefunden... und wem nützen sie?“ Nach einer kurzen Diskussion zu Strömungen und einigen Pro- und Contra-Argumenten kamen von vielen Seiten Argumente wie: Es soll um die gemeinsame Sache gehen, die Strömungen müssen die Partei unterstützen, nicht behindern. Strömungen dürfen nicht zur inneren Zerrissenheit der Partei beitragen. Wichtig sind die Partei und die gemeinsame Richtung. Es kann nicht sein, dass die Strömungen so viel Einfluss, haben aber reell nur einen Bruchteil der Mitgliedschaft repräsentieren. Zustimmung gab es als Gesine Löttsch den Satz formulierte: „Die Rolle der Strömungen muss relativiert werden.“

Dass Parteivorsitzende immer auf Achse sind, hat auch die Länge dieser Veranstaltung bestimmt. Nach ca. 1,5h machte sich Gesine Löttsch mit ihrem Mitarbeiter wieder auf den Heimweg. Doch bevor sie Thüringen verlassen, wollten sie noch unbedingt eine Thüringer Bratwurst essen, eine originale.

Thomas Schneider

## Kinder an die Macht

**W**as sind uns Kinder eigentlich wert? Viele Debatten hat es gegeben, um HartzIV, um Bildung, um Kindergartenplätze oder um frühkindliche Bildung. Einig ist man sich darin, dass Kinder unterstützt werden müssen. Aber wie und in welchem Maße? Mit welchen Mitteln?

Zu Beginn des Jahres 2011 war die Diskussion um Kinderarmut voll entbrannt. Hintergrund war nicht nur das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelsätzen, sondern auch die Frage, wie das Recht auf Teilhabe und Bildung für alle Kinder umgesetzt werden kann. Hatte das Verfassungsgericht noch im Februar 2010 geurteilt, dass die Regelsätze generell zu niedrig sind, stritt man sich ein Jahr später im Vermittlungsausschuss nur noch über 5 Euro, bzw. 8 Euro und das Bildungspaket.

Kinderarmut ist kein Phänomen, sondern Ergebnis konkreter Politik. Wenn für Kinder weniger als 40% des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen, dann spricht man von strenger Kinderarmut. Die Hartz-IV-Regelsätze entsprechen nach neuesten Berechnungen 38,7%. Weit über 2,5 Millionen Kinder sind bundesweit davon betrof-



fen. Was aber heißt ein Leben in Armut für Kinder? Armut heißt zusehen zu müssen, Armut heißt immer „nein, ich kann nicht“ sagen zu müssen. Armut heißt, nicht mit den Klassenkameraden ins Kino gehen zu können. Wer kein Geld hat, steht oft allein da. DIE LINKE widmet sich seit Jahren dem Kampf gegen Kinderarmut. Leitbild für uns ist die UN-Kinderrechtskonvention. Dieses 1989 von den UNO-Mitgliedsländern beschlossene Abkommen stellt fest, dass alle Kinder soziale Rechte haben und diese Rechte auf den Kindern selbst ruhen. So gilt neben dem Verbot von Kinderarbeit und Kriegsdienst für Kinder auch das Recht auf Schulbildung, auf die Ent-

wicklung der Persönlichkeit und auf Mitbestimmung und Teilhabe an Gesellschaft. Teilhabe braucht allerdings ein Minimum an finanziellen Mitteln. Mit Hartz IV wird dieses Minimum nicht gewährleistet. Deshalb unterstützt DIE LINKE auch die Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk und Deutschen Kinderschutzbund zur Einführung einer Kindergrundsicherung.

Die Kinderpolitik der LINKEN hat das Kind mit seinen Bedürfnissen im Fokus. Was wollen Kinder? Wie stellen sich Kinder ihre Lebensumwelt vor? Was braucht es für Schule und Freizeit? DIE LINKE will, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, sich und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Neben einem angemessenen Budget für Kinder braucht es auch flächendeckende Schulsozialarbeit, ein kostenloses Mittagessen und eine Vielzahl von Freizeiteinrichtungen und Vereinen. Kurzum: DIE LINKE kämpft für niedrigschwellige Angebote für Kinder, für deren konsequente Beteiligung und eine Kindergrundsicherung, die das Kind und nicht eine Bedarfsgemeinschaft im Fokus hat.

Matthias Bärwolff, Kinderpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Thüringen Links  
das linke Infoportal\*

Montags bis freitags schreiben wir über linke Politik in Thüringen und darüber hinaus - täglich aktuell und exklusiv!

Außerdem finden Sie hier ständig das Neueste aus der Thüringer LINKEN. Nachrichten, Texte & Termine aus unserer Landtagsfraktion, der Partei und Thüringens linker Zeitung, der UNZ.

[www.linkesthueringen.de](http://www.linkesthueringen.de)

**UNZ**  
UNSERE NEUE ZEITUNG

Jahresabo für 24,40 €  
zu bestellen unter:

[www.unz.de](http://www.unz.de)

[verlag@unz.de](mailto:verlag@unz.de)

fon 0361-73 15 79 5

**Hilf mit!**

Jetzt spenden  
oder als Helferin  
oder Helfer aktiv  
werden

**DIE LINKE.**  
THÜRINGEN

[www.thueringen-braucht-veraenderung.de](http://www.thueringen-braucht-veraenderung.de)

### Impressum

LinksBlick! Mitgliederzeitung der Partei DIE LINKE. Thüringen

Redaktion: Dirk Anhalt (V.i.S.d.P.), Katrin Christ-Eisenwinder, Thomas Schneider, Jürgen Spilling, Paul Wellsov

Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt  
fon 0361 - 60 111 54

fax 0361 - 60 111 41

[lgeschaefsstelle@die-linke-thueringen.de](mailto:lgeschaefsstelle@die-linke-thueringen.de)

[www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de)

Druck: TA Druckhaus GmbH & Co. KG

Der LinksBlick! erscheint viermal im Jahr. Er wird allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Thüringen auf dem Postweg zugesandt.

Erscheinungstermin für die nächste Ausgabe ist der 23. August 2011  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 10. August 2011

## Termine

- **04. Juni:** Protest gegen den neonazistischen Tag der Jugend in Nordhausen. Mehr Infos beim "Bündnis gegen Rechts Nordhausen" ([www.bgr-nordhausen.de](http://www.bgr-nordhausen.de))
- **Kinderferienlager am Balaton:** Mit "Ottokar" und DIE LINKE. Thüringen in die Ferien vom 08. Juli - 21. Juli und vom 19. Juli - 01. August  
Anmeldung unter: [www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de) oder 0361/60 111 30
- **18. Juni:** "Energierévolution statt Grüner Kapitalismus", Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Vorstellung des Energiekonzepts, im Atrium der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Magdeburger Allee 34
- **18. Juni:** Demonstration gegen den "Burschentag" der "Deutschen Burschenschaften", 14:00 Uhr, Eisenach, Hauptbahnhof
- **23. Juni:** Direkte Demokratie und Finanzen, Symposium im Thüringer Landtag, 09:30 Uhr, Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Erfurt.  
Veranstalter: Die Landtagsfraktionen von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne in Kooperation mit dem Bündnis für mehr Demokratie in Thüringen. Mehr Informationen: [www.thueringen.mehr-demokratie.de/](http://www.thueringen.mehr-demokratie.de/)
- **25. Juni:** Tag der offenen Tür im Landtag
- **02. Juli:** Sommerfest der LINKEN in Elgersburg
- **23. Juli:** Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover
- **03. Dezember:** 2. LiMAregional in Erfurt, Fachhochschule [www.linke-journalisten.de](http://www.linke-journalisten.de)

## Newsletter

**DIE LINKE.**  
THÜRINGEN

Unter: [www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de) könnt Ihr den elektronischen Newsletter bestellen

# Strategische Überlegungen

## Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Was brauchen wir?

Im Mittelpunkt des Landesparteitags der Thüringer LINKEN, der am 28. Mai 2011 in Sömmerda stattfindet, steht die Diskussion um den Leitantrag „Politik für die Zukunft, die heute beginnt“. Der Antrag des Landesvorstands der Partei ist das Ergebnis einer intensiven Debatte in den letzten Monaten.

Im Sommer 2010 hatte der Vorstand den Landesvorsitzenden Knut Korschewsky gebeten, ein Analyse- und Strategiepapier zu erarbeiten, in dem die politische und organisatorische Situation unseres Landesverbandes analysiert wird und Vorschläge zur Weiterentwicklung unserer Partei mit Blick auf den bevorstehenden Wahlzyklus 2012 bis 2015 vorgelegt werden. Auf dem Landesparteitag im November 2010 wurde ein entsprechendes, umfangreiches Papier den Strukturen der Partei zur Diskussion übergeben. In den folgenden Monaten debattierten der Landesvorstand, Kreisverbände und Zusammenschlüsse der Partei das Papier. Aus dem Ergebnis der Diskussionen entstand eine deutlich gestraffte und überarbeitete Fassung des Papiers, der nun vorliegende Leitantrag. Darin werden Inhalte, Ziele und Wege linker Politik für die nächs-

ten Jahre in Thüringen skizziert und politische sowie organisatorische Aufgaben beschrieben, die zur Umsetzung notwendig sind. „Wo stehen wir?“,

**Die Zukunft gestalten.  
Gerecht, demokratisch,  
sozial und ökologisch.**

**2. Landesparteitag,  
3. Tagung, 28. Mai 2011,  
Sömmerda, Volkshaus**

**DIE LINKE.**  
THÜRINGEN

„Wohin wollen wir?“ und „Was brauchen wir?“, lauten die Fragen, auf die in dem Antrag Antworten und Anstöße zur Debatte gegeben werden. Neben der Beschreibung der politischen und organisatorischen Situation der Partei in Thüringen stehen linke Leitprojekte

sowie das Verhältnis zu anderen politischen Parteien, zu Vereinen, Verbänden und sozialen Bewegungen im Mittelpunkt. Mit dem Antrag sollen strategische Antworten auf die neuen Herausforderungen gegeben werden, vor denen DIE LINKE in Thüringen als zweitstärkste Partei im Land steht. Unsere Strategiedebatte strahlt mittlerweile auch auf die Bundespartei aus. Eine von unserem Landesverband vorgeschlagene bundesweite Strategiekonferenz wird derzeit gemeinsam von den Landesvorsitzenden und -sprecherInnen der LINKEN in enger Abstimmung mit dem Parteivorstand vorbereitet. Am 9. Juli werden dann die Landesverbände unserer Partei auf einer Konferenz in Potsdam zu den Fragen „Was für eine Partei wollen und können wir sein? Unsere politische Kommunikation und Kultur“ und „Neue politische Herausforderungen für DIE LINKE“ sowie zum Stand der Programm- und Satzungsdebatte beraten.

**Der Leitantrag zum Thüringer Landesparteitag kann unter [www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de) heruntergeladen werden.**

Paul Wellsow

## Grillen und Chillen beim Sommerfest

Da ist es wieder - unser Sommerfest. Das traditionelle Fest des Landesverbandes der LINKEN, des Kommunalpolitischen Forums, der Rosa-Luxemburgstiftung, des Freundeskreises des ehemaligen MOPR-Heimes und des Hotels Elgersburg findet am 02. Juli 2011 statt.

Das Fest, das für uns als Mitglieder gemacht ist, welches für Jung und Alt attraktiv sein wird und das im Ost-West-Charakter auch befreundete Partnerkreise aus den „westlichen“ Nachbarländern ansprechen soll.

Das Sommerfest ist Plattform für Austausch, Gespräche, Fun, Politik,

Kreativität und Kultur. Im Rahmen dieses Tages werden ab 10.00 Uhr ein kommunalpolitischer Frühschoppen, zwei Buchlesungen sowie politische Talkrunden stattfinden. Die Ausstellung zum Neofaschismus wird gezeigt und ebenso finden Führungen innerhalb der Ausstellung des Traditionszimmers statt. Kulturell bietet uns Uschi Amberger ihr Programm „Auf einmal ist die Welt ganz leise“, die Band JANNA tritt mit Livemusik auf. Für Kinder werden die Genossinnen vom Stadtverband Suhl Kinderschminken, Basteln und Spiel-Spaß anbieten. Auch Erwachsene können ihre Kreativität ausleben. Die Ilmenauer Töpferei

„Kerntopf“ gestaltet ein Angebot.

Rund um das Fest werden Infostände und auch Verkaufsstände wie z.B. der Linke Buchladen Contineo präsent sein. Für die geistige Fitness lockt ein Quiz mit tollen Preisen. Für körperliches Wohl wird das Hotel Angebote vorhalten und mit Brötchen, Kuchen, Grillereien und Getränken immer vor Ort sein.

Das Sommerfest ist dafür da, uns die Zeit zu nehmen, um den Genossinnen und Genossen mal wieder DANKE zu sagen. Wir würden uns freuen, viele von Euch begrüßen zu können!

Katrin Christ-Eisenwinder

## Wahlen 2012 werden vorbereitet

Bereits am 18. Mai 2010 fasste der Landesvorstand einstimmig einen Beschluss zur Vorbereitung der Landräte- und (Ober)Bürgermeisterwahlen im Frühjahr 2012. Seither wurde in verschiedenen Beratungen des Landesvorsitzenden mit den Kreisvorsitzenden die Frage des Wahlantritts diskutiert. Die meisten Kreisverbände haben zwischenzeitlich ihre Kreiswahlleiter bestimmt.

Anfang des Jahres hat der Landesvorstand Anke Hofmann als ehrenamtliche Landeswahlleiterin berufen. Eine gemein-

same Beratung mit den Kreiswahlleitern hat im April bereits stattgefunden. Noch vor der Sommerpause wird es ein weiteres Treffen geben, um den Stand der Kandidaturen sowie organisatorische Fragen abzustimmen.

Nach dem Landesparteitag Ende Mai steht die Erarbeitung der Wahlstrategie auf dem Programm. Der Landesvorstand wird dann auch die weiteren Mitglieder des Landeswahlbüros berufen. Ziel der LINKEN ist es, in allen kreisfreien Städten sowie in der Mehrzahl der Landkreise geeignete Kandidatinnen und

Kandidaten für die Wahl als Landrat zu gewinnen.

Gleichzeitig mit den Landratswahlen findet in 102 Städten und Gemeinden die Wahl der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie in 15 Städten und Gemeinden die der ehrenamtlichen Wahlbeamten statt. Die Kreisvorstände führen derzeit gemeinsam mit den Kreiswahlleitern der LINKEN zahlreiche Gespräche, um geeignete Bewerber für die Kandidatur zu gewinnen. Dazu wünschen wir viel Erfolg!